

INTERNATIONALE RUNDSCHAU

Die Lohnpolitik der israelischen Gewerkschaften

Es soll der Versuch gemacht werden, in Form eines kurzen Aufsatzes die Lohnpolitik der israelischen Landesgewerkschaft darzustellen. Dazu wird es nützlich sein, einige Einzelheiten über die israelische Wirtschaft vorzuschicken.

Sowohl die israelische Handels- wie auch die Zahlungsbilanz ist seit vielen Jahren passiv. Im ersten Halbjahr 1962 betrug das Handelsbilanzdefizit 146 Mill. Dollar, während das Zahlungsbilanzdefizit 187 Mill. Dollar ausmacht. Dieses Defizit wird zum größten Teil durch Investitionen privater und öffentlicher

Natur, Spenden, Anleihen und durch einseitige Zahlungen nach Israel gedeckt. Es spielen dabei auch die Zahlungen aus Deutschland keine geringe Rolle (Reparationen 32,3 Mill. Dollar und persönliche Entschädigungen 67,5 Mill. Dollar).

Die Produktionsziffern der israelischen Wirtschaft zeigen eine starke Aufwärtsbewegung; so ist im Jahre 1961 das nationale Produkt (brutto) um 9,1 vH gestiegen, die Zahl der Beschäftigten stieg um 4,7 vH und das Produktionsergebnis pro Beschäftigten stieg um 4,6 vH — doch ist auch der Index des privaten Konsums um 16,4 vH im Werte gestiegen; dabei muß berücksichtigt werden, daß die Preise um 6 bis 7 vH gestiegen sind; die dementsprechenden Steigerungsraten in der Landwirtschaft betragen 6 vH, in der Industrie 13 vH und in der Bauwirtschaft 10 vH.

Im Februar 1962 wurde das israelische Pfund abgewertet und ein neuer Kurs gegenüber dem Dollar festgesetzt, u. zwar 1 Dollar

= 3 IL und 1 DM = 0,75 IL. Diese Abwertung, welche im großen und ganzen nur eine Anpassung an den tatsächlichen Wert der israelischen Währung im Auslande beinhaltet hat, führte trotz aller Bemühungen seitens der Regierung im Jahre 1962 zu Preiserhöhungen, welche ein Ausmaß von 10 bis 12 vH erreichten.

Die Zahl der Beschäftigten ist im Jahre 1961 auf 746 500 gestiegen; davon sind etwa 521 000 Gehalts- oder Lohnempfänger (69,8 vH). In der Industrie und im Bergbau sind 140 000 Lohnempfänger beschäftigt (davon 177 400 Gesamtbeschäftigte).

Die Investitionen betragen im Jahre 1961 1263,8 Mill. IL, (420 Mill. Dollar) — 295 Mill. IL in der Industrie und 364 Mill. IL in Bauten.

Es ist klar, daß unter solchen Umständen die Arbeitslosigkeit außerordentlich gering sein muß: so liegt die Zahl der Arbeitslosen auch unter 4000 Menschen im Monat, d. h. weniger als 1 vH des gesamten Arbeiterpotentials; die Mehrzahl dieser Menschen sind entweder alte oder invalide Arbeitsuchende.

Es herrscht ein ausgesprochener *Mangel an Arbeitskräften*; infolgedessen können viele Arbeitsplätze gar nicht oder nicht den Erfordernissen entsprechend besetzt werden. Daher ist es nicht zu verwundern, daß sich die Löhne (Lohnnebenkosten) in dauerndem Aufstieg befinden.

Trotzdem haben Nachforschungen und internationale Vergleiche ergeben, daß die Lohnkosten in Israel nicht höher, sondern sogar um ein Vielfaches niedriger sind als diejenigen ähnlicher Betriebe in Mitteleuropa.

Da die israelische Regierung zum größten Teil aus Gewerkschaftsvertretern besteht, ist es unbedingt notwendig und auch eine Tatsache, daß die Lohnpolitik der israelischen Gewerkschaften der Politik der Regierung angeglichen wird. In diesem Zusammenhang ist es wichtig, zu wissen, daß 68 vH aller Arbeitnehmer in öffentlichen oder halböffentlichen Betrieben beschäftigt sind. Bevor jedoch hier auf Einzelheiten eingegangen sind, sollen einige Fakten der israelischen Löhne besprochen werden:

Im Jahre 1959 betrug der Durchschnittslohn eines industriellen Arbeiters täglich 9,9 IL, im Jahre 1960 10,3 IL, im Jahre 1961 11,2 IL und Mitte des Jahres 1962 12,5 bis 13,5 IL (Schätzung!); hierzu kommen noch 30 bis 35 vH Lohnnebenkosten, der größte Teil auf Grund von Tarifverträgen, so daß heute der Durchschnittslohn 12,5 IL + 33 vH = ca. 17 IL = 5,65 Dollar (22,60 DM = 2,82 DM pro Std) beträgt.

Diese Ziffern werden als niedrig betrachtet, und es muß zugegeben werden, daß in der israelischen Statistik auch kleinere und mittlere Unternehmungen enthalten sind, so daß mit

Recht angenommen werden kann, daß die Löhne in den größeren Unternehmungen um etwa 10 bis 15 vH höher sind.

Der Durchschnitts-Taglohn im Baugewerbe beträgt derzeit für Tagelöhner ca. 14 bis 17 IL + 30 vH Nebenkosten, während in der Landwirtschaft die Tageslöhne viel geringer sind (8 bis 9 IL + 25 vH Nebenkosten).

In Israel besteht seit 1940 die Gewohnheit, automatisch Teuerungszulagen zu zahlen, wenn der offizielle Lebenshaltungsindex um mindestens 3 vH gestiegen ist. Die Prüfung der Indexziffern und Angleichung an die Lebenshaltungskosten findet zweimal im Jahre statt. Der Index selbst besteht aus fast 1000 Warengattungen und Dienstleistungen aller Art — eine Revision der Gewichtung findet alle 2 bis 3 Jahre statt. Die letzte automatische Teuerungszulage wurde im Januar 1963 errechnet und beträgt etwa 6,5 vH. Der dementsprechende Tarifvertrag zwischen der Gewerkschaft und dem Industriellenverband wurde vom Arbeitsministerium durch Erlaß als allgemeinverbindlich für alle Unternehmen erklärt.

Familienzulagen werden im allgemeinen von den Unternehmen bezahlt; sie betragen pro Kind monatlich etwa 4 bis 5 IL. Das staatliche Versicherungsinstitut bezahlt Familienzulagen nur vom 4. Kind ab, und zwar 7 bis 10,25 IL pro Kind und Monat. Für das 4., 5., 6. und 7. Kind wird derzeit zusammen 34,5 IL = 11,5 Dollar gewährt.

In den letzten 2 Jahren sind die Reallöhne um 7,8 vH gestiegen; in manchen Zweigen, speziell den öffentlichen Diensten, war die Steigerung größer.

Vor 2 Jahren wurde eine Erhöhung der Grundlöhne von 6 vH in der Industrie, dem Baugewerbe und in der Landwirtschaft im Prinzip beschlossen, die Teuerungszulagen betragen 5 bis 7,9 vH. Bei der Durchführung dieses Beschlusses kamen unvorhergesehene Schwierigkeiten zum Vorschein, so daß die Gesamterhöhungen innerhalb der 2 letzten Jahre 22 bis 23 vH betragen (10 bis 11 vH Teuerungszulagen, 2 bis 3 vH allgemeine schleichende Erhöhungen + 8 bis 9 vH Grundlohn-erhöhung).

Bevor die Entscheidung innerhalb der Gewerkschaften fiel, fanden interne und eingehende Beratungen zwischen den Spitzenfunktionären der Gewerkschaften und dem israelischen Wirtschaftsminister statt, in denen die wirtschaftliche Lage und speziell die Aussichten für 1963 eingehend erörtert wurden. Es wurde dabei insbesondere die Tatsache in Rechnung gezogen, daß derzeit in Brüssel wichtige und entscheidende Verhandlungen geführt werden, um Israel in irgendeiner Weise den Anschluß an die Europäische Wirtschaftsgemeinschaft zu sichern und damit den Weiterbestand des Exports israelischer landwirtschaftlicher und industrieller Erzeugnisse zu ermöglichen. Man

kam zu der Einsicht, daß es in diesem Augenblick nicht günstig wäre, durch zu große Lohn-erhöhungen die israelische Wirtschaft zu sehr zu belasten.

Außerdem scheint es nicht erwünscht zu sein, außer den in Aussicht genommenen Teuerungszulagen (falls die Preise steigen sollten) noch weitere Erhöhungen ins Auge zu fassen. Es hat sich in Israel klar gezeigt, daß spontane und allgemeine Lohnerhöhungen auf das Preisniveau nach oben drücken. Es wurde daher für dieses Jahr eine allgemeine Ruhepause in Lohnerhöhungen beschlossen.

Der vom Aktionskomitee der israelischen Gewerkschaften am 30. 12. 1962 mit großer Mehrheit angenommene Beschluß besagt u. a.:

1) Die Tarifverträge werden um 1 Jahr verlängert, die sozialen Rechte der Arbeiter aus Kollektivverträgen werden nicht geschmälert, der Grundlohn soll nicht erhöht werden.

2) Die bestehenden Vereinbarungen bezügl. automatischer Teuerungszulagen werden nicht berührt.

3) Familien- und Senioritätszulagen — ohne Änderung.

4) Es sollen keine Rangerhöhungen bewilligt werden, es sei denn auf Grund einer Änderung in den Funktionen oder als Belohnung für einen sichtbaren Fortschritt in der beruflichen Ausbildung.

5) Die vom Staate gewährten (besonderen) Familienzulagen werden auch Arbeitnehmern bezahlt, welche bis 300 IL pro Monat verdienen und zwar auch schon für das 2. und 3. Kind.

6) Die Gewerkschaften werden sich für die Errichtung eines wissenschaftlichen Instituts zur Erforschung der nationalen Produktionsergebnisse einsetzen; die Ergebnisse dieser Arbeiten sollen als Grundlage für die Gewerkschaftspolitik in den Jahren 1964/65 angenommen werden.

7) Die Gewerkschaft verbindet diese *lohnpolitischen* Richtlinien mit einer allgemeinen, von der Regierung festgesetzten *Wirtschaftspolitik*, welche folgende Grundsätze enthält:

a) Direkte oder indirekte persönliche Steuererhöhungen sollen vermieden werden.

b) Die Kaufsteuern sollen — außer auf Luxusartikel — nicht erhöht werden.

c) Keine zusätzlichen Zwangsanleihen.

d) Die Pacht- und Mietverträge der öffentlichen Gesellschaften bleiben weiter ohne Erhöhung in Kraft.

e) Die Preise der industriellen und landwirtschaftlichen Erzeugnisse, sowie der persönlichen Dienstleistungen, sollen in Schranken gehalten werden.

f) Kartelle und Monopole sollen verhindert werden. Industrie, Handel und Landwirtschaft werden aufgefordert, die Teuerungszulage zu

absorbieren, ohne die Preise der Erzeugnisse zu erhöhen.

g) Es wird ein öffentlicher Beirat eingesetzt, welcher den Kampf gegen Wucher und Preistreiberei energisch führen soll.

8. Alle Arbeiterräte, lokalen Ausschüsse und Fachgewerkschaften werden aufgefordert, der Histadruthexekutive bei der Durchführung dieser Politik behilflich zu sein.

Die linkssozialistische MAPAM-Fraktion in der Histadruth sowie die kommunistische Fraktion hatten vergebens versucht, die Annahme dieser Anträge zu verhindern; ihre Anträge wurden abgelehnt. Die MAPAM-Fraktion hatte u. a. verlangt, daß die Grundlöhne speziell in der Landwirtschaft und in der Industrie erhöht werden, und die Familienzulagen sollten in Zukunft von einem besonderen *Ausgleichs-Fonds* bezahlt werden. (Tatsächlich besteht die Absicht, einen besonderen Fonds zu schaffen, aus welchem Zahlungen für Familienzulagen gewährt werden sollen; doch dürfte es noch einige Zeit dauern, bis dieser Plan durchgeführt werden kann.)

Es muß nun abgewartet werden, wie diese Beschlüsse in die Praxis umgesetzt werden. Wie bereits geschildert, bestehen in der israelischen Wirtschaft starke, inflationelle Strömungen; und es wird ziemlich schwer sein, Preissteigerungen zu verhindern, insbesondere, wenn Knappheiten in gewissen Warengattungen eintreten sollten.

Viel hängt natürlich davon ab, in welchem Maße die Gewerkschafts- und Wirtschaftspolitik durchgeführt werden kann.

Dr. F. S. Morgenstern, Tel Aviv